DAAD Brüssel

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

Neues aus Brüssel

Newsletter DAAD Brüssel •
Oktober 2026

03. November 2026

Inhaltsverzeichnis

Editorial
Übergeordnetes
Bildung und Forschung
Auswärtiges
Digitales
Kurznachrichten
Publikationen
Veranstaltungen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wir blicken auf eine neue Nego-Box zurück, in der die irische Ratspräsidentschaft ihre Vorstellungen für den nächsten EU-Haushalt (MFR) vorgestellt hat sowie auf Reaktionen von Stakeholdern, die vor enormen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen geopolitischen Risiken im Falle von Kürzungen bei Erasmus+, Horizon Europe und Global Europe warnen. Das EU-Parlament nahm inzwischen mehrheitlich seine Verhandlungspositionen für Erasmus+ und Global Europe (2028-2034) an, mit Budgetvorstellungen, die den Forderungen nach einer stärkeren Ausstattung eher entsprechen. Auf dem EU-Kanada-Gipfel wurde beschlossen, bis zum nächsten Summit 2027 ein Konzept für eine besonders enge Verbindung zu entwickeln. In Brüssel kamen auf der DAAD-EURASHE-Konferenz Vertreterinnen und Vertreter von Hochschulen für Angewandte Wissenschaften mit der EU-Kommission, der Wirtschaft und dem Hochschulbereich zusammen, um ihre Möglichkeiten in EU-Programmen und -Initiativen zu diskutieren und sich darüber auszutauschen, wie sie ihre Rolle als Brückenbauer zwischen Lehre, Forschung und Anwendung stärken können. Ferner fand zum 5. Mal in Folge die jährliche Woche für Deutsch statt, an der sich

der DAAD erneut aktiv beteiligte.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre.

Ihre Tanja Kreetz

Übergeordnetes

Irischer Ratsvorsitz veröffentlicht Vorschlag für langfristigen EU-Haushalt

Am 10. Oktober 2026 stellte der aktuelle Ratsvorsitz seine überarbeitete Verhandlungsbox für den nächsten langfristigen EU-Haushalt (MFR 2028-2034) vor. Die sogenannte „Nego-Box“ enthält die wichtigsten Elemente der politischen Beratungen der Staats- und Regierungschefs der EU, einschließlich vorläufiger Zahlen für die verschiedenen Rubriken und Programme. Der vorgeschlagene Haushalt von 1,62 Bill. € (ca. 1,83 Bill. € zu laufenden Preisen) bleibt zu 8 % hinter dem Kommissionsvorschlag zurück (vgl. mit 2 %-iger Kürzung in der vorherigen zyprischen Box vom Juni 2026). Die Landwirtschaft (GAP) soll weitgehend geschützt bleiben, die Kohäsionspolitik kaum gekürzt werden, während substantielle Kürzungen bei den externen Maßnahmen vorgesehen sind, sowie signifikante Kürzungen in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit und Forschung.

Budgetvorstellungen für die im Hochschulbereich wichtigsten Programme:

- Erasmus: 39,2 Mrd. € zu laufenden Preisen. Unverändert zur zyprischen Nego-Box (Juni 2026).
- Horizon Europe: 158,2 Mrd. € zu laufenden Preisen. 16,8 Mrd. € unter dem Kommissionsvorschlag von 175 Mrd. € (Kürzung um etwa 9,6 %). Vgl. zyprische Nego-Box: 169,9 Mrd. € (Kürzung von 4,1 %).
- Global Europe: 168,8 Mrd. € zu laufenden Preisen. Kürzung von 31,5 Mrd. € (rund 15,7 % vgl. mit Kommissionsvorschlag von 200,3 Mrd. €). Zyprische Nego-Box sah 192,1 Mrd. € vor.
- Interreg: 10,3 Mrd. €. Mittelerhöhung von 1 Mio. € vgl. mit Kommissionsvorschlag. Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist Teil von Interreg.

Die neue „Nego Box“ schafft die Grundlage für die nächste Phase der Beratungen. Auf dem Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ am 13. Oktober 2026 konnte noch keine Einigung erzielt werden (Link). Auf einem speziellen Europäischen Rat am 26. und 27. November soll eine neue überarbeitete

Verhandlungsbox präsentiert werden. Es wird angestrebt, bis Ende des Jahres eine politische Einigung zu erzielen.

Link zur irischen Negobox

Führende EU-Abgeordnete äußern sich zur „Nego-Box“

Vier Europaabgeordneten der Fraktionen EPP und S&D haben den Vorschlag der irischen Ratspräsidentschaft für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 kritisiert. Die vorgeschlagene Aufstockung um 356 Mrd. € (+28 %) gegenüber dem aktuellen MFR gleiche die kumulativen Auswirkungen von Inflation und Wirtschaftswachstum nicht aus. Angesichts der erforderlichen 150 Mrd. € zur Deckung von Rückzahlungskosten des „NextGenerationEU“-Fonds zur Bewältigung der Covid-19-Krise sowie von 390 Mrd. €, die für den Inflationsausgleich erforderlich seien, sinke der reale Wert des EU-Haushalts im Vergleich zum aktuellen MFR um 161 Mrd. € (-10 %). Sie fordern einen ambitionierteren EU-Haushalt, der den politischen, wirtschaftlichen und internationalen Aufgaben Europas gerecht werde. Carla Tavares: „Insbesondere die Kürzung der Mittel für Wettbewerbsfähigkeit um 12,8 % und für Außenbeziehungen um 17,4 % birgt die Gefahr, dass die Europäer schutzlos dastehen: Sie wären weniger gut gerüstet, um die Innovations- und Investitionslücke zu schließen, Europas Partner zu unterstützen, auf Krisen zu reagieren und die Interessen und Werte Europas zu verteidigen – und das gerade in einer Zeit, in der die globale Instabilität zunimmt."

Zum Statement der EU-Abgeordneten

DAAD zeichnet Einsatz für akademische Grundwerte aus

Der DAAD zum dritten Mal den „Fundamental Academic Values Award“ verliehen. Die Verleihung des vom BMFTR finanzierten Preises fand am 21. Oktober im Rahmen einer Veranstaltung der Academic Cooperation Association (ACA), dem europäischen Dachverbands des DAAD, in Brüssel statt. Es wurden drei Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ausgezeichnet, deren Arbeiten sich mit akademischen Grundwerten im Europäischen Hochschulraum befassen. Der 1. Preis ging an Dr. Olga Ceran von der Universität Saint-Louis Brüssel, die den Zusammenhang zwischen Wissenschaftsfreiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im EU-Recht untersucht. Den 2. Preis erhielt Cristina Mazzero von der Universität Trient, für ihre Forschung zu den Erfahrungen belarussischer Studierender vor 2020 und zu akademischer Freiheit in politisch restriktiven Staaten. Der dritte Preise ging an Dr. Dylan Couck von der Universität Gent, dessen Doktorarbeit die Entwicklung der institutionellen Autonomie im flämischen Hochschulsystem von 1831 bis 2024 untersucht. Die drei

Ausgezeichneten erhielten entsprechend ihrer Platzierung ein Preisgeld in Höhe von 7.000, 6.000 oder 5.000 €.

Zur Pressemitteilung

Fünfte Ausgabe der „Woche für Deutsch“ in Belgien

Vom 12. bis 18. Oktober 2026 fand in Belgien zum fünften Mal die „Woche für Deutsch“ statt, an der sich der DAAD erneut mit zwei eigenen Veranstaltungen beteiligte. Ein hybrides Treffen mit DAAD-Lektorinnen und Ortslektoren aus Belgien und den Niederlanden bot Gelegenheit zum fachlichen Austausch über die Zukunft der Germanistik und des Deutschunterrichts. Bei einem kreativen Spoken-Word-Workshop an der Université libre de Bruxelles entwickelten Studierende gemeinsam mit dem Poetry-Slammer Paul Bank eigene deutschsprachige Texte, die nun auf der Website des DAAD zu lesen sind.

Zur Woche für Deutsch

Bildung und Forschung

Forschungskommissarin Zaharieva warnt vor Kürzungen bei Horizon Europe

Eine Kürzung des EU-Haushalts für Forschung und Innovation wäre „ein strategischer Fehler“, erklärte EU-Forschungskommissarin Ekaterina Zaharieva am 14. Oktober vor den Teilnehmenden des internationalen KI-Gipfels in Dublin, wenige Tage, nachdem die irische Ratspräsidentschaft eine Kürzung um 9,6 % des von der Kommission vorgeschlagenen 175 Mrd. €-Haushalts für das nächste „Horizont Europa“-Programm ins Spiel gebracht hatte. Laut Zaharieva würde jede Mrd. €, die bei „Horizont Europa“ eingespart wird, den Verlust von 1.700 Fördermittelbeziehenden, über 300 geförderten KMU und 500 Unternehmen, 600 Universitäten sowie 2.600 Forschenden bedeuten.

Link zum ScienceBusiness-Artikel

Gemeinsame Erklärung von Ehler und Repasi zum MFF-Verhandlungsrahmen der irischen Ratspräsidentschaft

In der gemeinsamen Erklärung der Europaabgeordneten Christian Ehler (EVP) und René Repasi (S&D) zur irischen „Nego-Box“ warnen die Horizon Europe-Berichterstatter des ITRE-Ausschusses davor, dass Kürzungen bei Forschung und Innovation Europas wissenschaftliche und technologische

Wettbewerbsfähigkeit gefährden könnten. Sie fordern die Staats- und Regierungschefs der EU auf, mindestens 200 Mrd. € zu laufenden Preisen für Horizont Europa sicherzustellen. Ferner verweisen sie auf die Zwischenbewertung von Horizon Europe (Link), nach der jeder investierte Euro bis 2045 voraussichtlich bis zu 11 Euro an wirtschaftlichen Gewinnen generieren wird. Kürzungen bei der Forschungsförderung könnten erhebliche wirtschaftliche Folgen haben: Die 7 Mrd. €, die bereits durch die Negobox der vorherigen, zyprischen Ratspräsidentschaft aus dem Kommissionsvorschlag gestrichen wurden, könnten einen Produktionsausfall von bis zu 78 Mrd. € verursachen. Die zusätzlichen Kürzungen der irischen Ratspräsidentschaft würden diesen auf 165 Mrd. € erhöhen. Die Differenz von 37 Mrd. € zum Standpunkt des Parlaments entspräche dabei einem möglichen Verlust von bis zu 407 Mrd. €. Die Erklärung stellt daher infrage, die vorgestellten Einsparungen als Haushaltsdisziplin zu bezeichnen.

Link zur gemeinsamen Erklärung auf LinkedIn

Horizon Europe 2028-2034: Heitor-Gruppe warnt vor Kürzungen und fordern mindestens 220 Mrd. € in aktuellen Preisen

Die Expertengruppe um den früheren portugiesischen Wissenschaftsminister Manuel Heitor und die Autoren und Autorinnen des Berichts “Align, Act, Accelerate Research, Technology and Innovation to boost European Competiveness ” (Link) kritisieren in ihrem Brief vom 13. Oktober 2026 die Kürzungspläne der irischen Ratspräsidentschaft deutlich und verweist auf ihre im Oktober 2024 vorgelegte Analyse mit dem darin vorgestellte Budgetvorschlag von 220 Mrd. €. Europa müsse zu einem bedeutenden Akteur in den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation werden, der weltweit führende Technologien entwickelt und vermarktet, die einen Mehrwert schaffen. Wissenschaft, Technologie und Innovation seien die entscheidende Währung bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen wie Klimawandel, eskalierende Konflikte und neue Formen der Kriegsführung, demografischer Wandel, zunehmende Ungleichheit, Pandemien, die Aushöhlung von Demokratie und Grundrechten, wachsender globaler strategischer Wettbewerb, Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie Fake News und Wissenschaftsleugnung. Die Unterzeichnenden bezeichnen ihren an den Präsidenten des Europäischen Rates, die Präsidentin des Europäischen Parlaments und die Präsidentin der Europäischen Kommission adressierten Brief als „Weckruf für Europa“.

Zum Heitor-Brief

EUA setzt sich für eine Stärkung von Erasmus+, Horizon Europe und Global Europe ein

Auch die European University Association (EUA) forderte am 13. Oktober, in Reaktion auf die irische „Nego-Box“, dass die EU-Mitgliedstaaten die Investitionen in Forschung, Innovation und Bildung im nächsten EU-Haushalt (2028–2034) schützen und die vorgeschlagenen Kürzungen nicht weiter verschärfen. Konkret fordern sie mindestens 200 Mrd. € für Horizon Europe sowie 60 Mrd. € für Erasmus+. Auch könnten Kürzungen bei „Global Europe“ – dem Haushalt der EU für externe Zusammenarbeit – den Haushaltsbeitrag der EU zur internationalen Dimension des Erasmus+-Programms verringern. Die EUA warnt, dass geringere Mittel Europas Forschungs- und Innovationsfähigkeit schwächen und bei Erasmus+ etwa die Studierenden- und Personalmobilität sowie die länderübergreifende Zusammenarbeit beeinträchtigen würden. Ferner würden der Europäische Bildungsraum, die Mobilitätsziele sowie die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen des Programms durch weitere Kürzungen erheblich beeinträchtigt. Die EUA ruft Hochschulen und Forschungseinrichtungen dazu auf, sich in den kommenden Monaten für eine angemessene Finanzierung dieser Programme einzusetzen, da diese für Europas Zukunft eine große Rolle spielen.

Zur EUA-Forderung

Gemeinsames Positionspapier der Erasmus+ Coalition: 47,4 Mrd € für Erasmus+ 2028-2034

70 europäische Organisationen, darunter der DAAD, haben am 5. Oktober ein Positionspapier veröffentlicht, in dem sie die zuständigen EU-Ministerinnen und -Minister für Finanzen sowie für auswärtige und europäische Angelegenheiten dazu auffordern, Erasmus+ im nächsten EU-Haushalt zu stärken und mit 47,4 Mrd € auszustatten. Erasmus+ mache derzeit nur etwa 2 % des EU-Haushalts aus, entfalte aber große Wirkung in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Jugend, Freiwilligenarbeit und Sport. Investitionen in Erasmus+ stärken Kompetenzen, demokratische Teilhabe, kritisches Denken und gesellschaftliche Resilienz. Darüber hinaus bringe jeder investierte Euro – mit Verweis auf ein Briefing des EU-Parlaments zum Impact des Programms (Link) – einen zehnfachen wirtschaftlichen Ertrag. Mit einer Kürzung des Budgets würde Europa ein Instrument schwächen, das dazu beiträgt, auf globale Krisen, Digitalisierung und KI, Wettbewerbsdruck sowie soziale und ökologische Herausforderungen zu reagieren. Die vom Parlament und im Positionspapier geforderten 47,4 Mrd. € liegen bereits unter dem im Draghi-Bericht von 2024 genannten 130 Mrd. € und den 60 Mrd €. die Hochschulakteure, darunter der DAAD und sein Dachverband Academic Cooperation Assiciation (ACA), in den vergangenen Monaten gefordert hatten.

Zum Positionspapier

EU-Kommission: Bericht zu Science, research and innovation performance of the EU 2026

Laut EU-Kommissionsbericht zu den Forschungs- und Innovationsleistungen der EU 2026, der am 1. Oktober veröffentlicht wurde, wird die EU ihr 3%-Ziel für Forschung und Entwicklung (F&E) bis 2030 deutlich verfehlen, wenn sie ihren bisherigen Kurs beibehält. Zur Erreichung dieses Ziels fehlen zusätzliche Investitionen in Höhe von 565 Mrd. €.

Dabei kommt es nicht nur auf die Höhe, sondern auch auf die Struktur der Förderung an. Die F&E-Ausgaben stiegen von 1,81 % des BIP im Jahr 2000 auf 2,24 % im Jahr 2024. Bei gleichbleibender Entwicklung würden sie 2030 lediglich 2,34 % erreichen; die 3 %-Marke wäre erst 2057 erreicht. Sechs Mitgliedstaaten liegen bereits über 3 %, darunter Deutschland mit 3,13 %. Fünf Länder bleiben unter einem Prozent. Die USA und China investieren insgesamt mehr, während Südkorea und Japan zudem einen höheren Anteil ihres BIP für F&E aufwenden als die EU. Private Mittel machen in der EU 57 % der F&E-Finanzierung aus, gegenüber 70–79 % in den USA und China.

Die Kommission hofft, dass der Privatsektor rund 370 Mrd. € der Finanzierungslücke schließt, sieht darin angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheit aber eine Herausforderung. In der EU fließt viel öffentliche Förderung in Grundlagenforschung und allgemeine Wissensförderung. Wettbewerber richten größere Teile auf konkrete gesellschaftliche oder wirtschaftliche Ziele, angewandte Forschung und Unternehmen aus.

Hochschulen sind als Empfänger von F&E-Mitteln betroffen, als auch als Partner für angewandte Forschung und Innovation. Die Kommission plädiert dabei für ein ausgewogeneres Zusammenspiel von öffentlicher und privater Forschung sowie stärkere Verbindungen zwischen Hochschulen und Unternehmen.

Zum Bericht

EU-Rechnungshof kritisiert mangelnde Marktorientierung der Innovationsförderung unter Horizon 2020

Zwischen 2014 und 2020 wurden Fördermittel in Höhe von 17 Mrd. € Euro bereitgestellt, um das Innovations- und Wachstumspotenzial von EU-Unternehmen zu stärken. im Rahmen der Priorität „Industrielle Führungsrolle“ wurden die Fördermittel für marktorientierte Forschung jedoch nicht systematisch auf Projekte mit dem höchsten kommerziellen oder Innovationspotenzial ausgerichtet. Zu diesem Schluss kommt ein am 15. Oktober 2026 veröffentlichter Bericht des Europäischen Rechnungshofs (ERH). Weder Horizon 2020 noch das aktuelle Programm Horizon Europe enthalten Förderkriterien, die sich auf die Innovationsfähigkeit der Antragsteller beziehen, was bedeutet, dass die Mittel möglicherweise nicht an jene Projekte fließen, die das größte Innovationspotenzial aufweisen. Die Prüfenden empfehlen, den Technologietransfer und die Markteinführung zu stärken sowie die Überwachung und die angewandten Methoden zu verbessern.

Zur Pressemitteilung

Auswärtiges

Positionierungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Die Europaabgeordneten der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Entwicklung des Europäischen Parlaments haben am 19. Oktober ihren Standpunkt zum Global Europe Instrument verabschiedet. Sie lehnen die jüngsten Vorschläge des Rats für erhebliche Kürzungen (-15,8 % vgl. mit

Kommissionsvorschlag) im Rahmen der sogenannten „Nego-Box“ ab und fordern stattdessen eine Aufstockung um 25 Mrd. € (+12%) gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag von 200,3 Mrd. €. Sie drängen auf ein zweckgebundenes Mindestbudget von 25 Mrd. € für humanitäre Hilfe und fordern eigene Haushaltslinien für einen Wiederaufbaufond für den Gazastreifen sowie für Beitrittskandidaten. Zudem soll ein bestimmter Anteil der Mittel für Investitionen im Rahmen der „Global Gateway“-Strategie der EU sowie zur Unterstützung der strategischen Autonomie und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit der EU bereitgestellt werden.

Pressemitteilung des Europäischen Parlaments

The Guild warnt vor Kürzungen bei Global Europe

The Guild of European Research-Intensive Universities (The Guild) hat am 12. Oktober 2026 auf die vom irischen Ratsvorsitz geplanten Haushaltskürzungen reagiert und betont, dass die vorgeschlagene Kürzung von Global Europe Europas Fähigkeit erheblich beeinträchtigen würde, erfolgreiche globale und regionale Partnerschaften aufzubauen, die Widerstandsfähigkeit im Gesundheitsbereich zu stärken und gemeinsame Herausforderungen anzugehen, denen sich Europa und andere Regionen der Welt gegenübersehen. Global Europe müsse im Einklang mit der erneuerten Wissenschaftsdiplomatie und der Innovationsagenda der African Union und der EU alle thematischen Prioritäten der „Global Gateway“-Strategie finanzieren, einschließlich der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa in den Bereichen Forschung, Innovation und Hochschulbildung. Im Zuge der fortschreitenden Verhandlungen fordert The Guild eine Einigung, die 200 Mrd. € für Global Europe vorsieht.

Zur Stellungnahme des Europäischen Parlaments

Zur The Guild Stellungnahme

EU und Westbalkan: Vertiefung der Zusammenarbeit in Forschung und Innovation

Am 22. Oktober haben die EU und die Partnerländer des Westbalkans – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien - eine gemeinsame Erklärung zur Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Innovation verabschiedet. Darin bekräftigen sie den EU-Beitrittspfad der Partner und kündigen an, ihre Forschungs- und Innovationspolitik weiter an zentralen EU-Vorhaben und Rechtsvorschriften auszurichten, darunter der European Research Area Act, die Startup and Scaleup Strategy und der European Innovation Act.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die beiden Schlüsselbereiche Forschungskarrieren und Innovationsökosysteme. Die gemeinsame Erklärung setzt zudem auf stärkere nationale Investitionen, bessere Bedingungen für Forschende und mehr regionale Zusammenarbeit. Das Treffen markiert zugleich das 20-jährige Bestehen der Lenkungsplattform für Forschung und Innovation. Sie bringt seit 2006 die Europäische Kommission, Vertreterinnen und Vertreter der sechs Westbalkanpartner, EU-Mitgliedstaaten und die Forschungs- und Innovationsgemeinschaft zusammen.
Bis zum nächsten Ministertreffen 2027 soll die Lenkungsplattform die regionale Agenda überarbeiten und einen Aktionsplan für den EU-Finanzrahmen 2028-2034 vorbereiten. Unter Horizon Europe haben die Westbalkanpartner bereits rund 237 Mio € für mehr als 1000 Projekte mit Beteiligung der Region gesichert.

Zum Pressemitteilung

Zur gemeinsamen Erklärung

EU-Kanada-Gipfel

Am 29. und 30. Oktober fand in Montreal der 21. EU-Kanada-Gipfel statt. Die Staats- und Regierungschefs zogen Bilanz über die Fortschritte seit dem letzten Gipfel und gaben eine gemeinsame Erklärung zur „Allianz für die Zukunft“ ab. Sie soll die langjährige Partnerschaft vertiefen und einen gemeinsamen Raum für Wohlstand und wirtschaftliche Sicherheit schaffen.
Die Allianz umfasst sechs Bereiche: Handel und regulatorische Zusammenarbeit, Digital-, Forschungs- und Kommunikationstechnologien, kritische Ressourcen und Energie, Finanzdienstleistungen und -märkte, Sicherheit und Vorsorge sowie zwischenmenschliche Beziehungen. Zudem wollen die EU und Kanada bis zum Gipfel 2027 das Konzept einer noch engeren Assoziierung Kanadas mit der EU ausarbeiten, jedoch ohne Vollmitgliedschaft.
Die EU und Kanada werden ihre Zusammenarbeit in den Bereichen digitale Infrastruktur, Forschung und neue Technologien vertiefen, um Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Sie werden unter anderem auf die Beteiligung Kanadas an künftigen europäischen Forschungs- und Innovationsprogrammen, einschließlich Horizon Europe hinarbeiten.
Beide Länder wollen ihren Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten bieten, zu studieren, zu arbeiten, Forschung zu betreiben und dauerhafte Beziehungen aufzubauen. Im Rahmen der „Allianz für die Zukunft“ werden sie Verhandlungen über eine stärkere Beteiligung Kanadas am Programm „Erasmus+“ sowie Gespräche über die Entwicklung von Kompetenzen, die Mobilität in den Bereichen Arbeit und Forschung sowie die Gewinnung von Talenten aufnehmen. Außerdem werden sie eine Partnerschaft der nächsten Generation zur Mobilität junger Menschen prüfen, die sich auf Programme wie „Erasmus+“, den

Europäischen Forschungsrat und die Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen stützt.

Zur Pressemitteilung

Zur gemeinsamen Erklärung

„Kyoto Vision for a Golden Age of Science“: Besorgnis nach Unterzeichnung europäischer Staaten

Die Unterzeichnung Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und weiterer europäischer Staaten der US-geführten Erklärung „Kyoto Vision for a Golden Age of Science” am 4. Oktober 2026 hat in Europa Debatten über die Zukunft der Universitäten ausgelöst.
Das Papier fordert weniger Bürokratie, den Einsatz von KI (von den USA als „Super Intelligence” bezeichnet) und neue Finanzierungsmodelle für die Forschung. Die Sprache der Erklärung baut auf einem US-Papier („Science: A New Golden Age“) auf, welches in den USA in der Kritik steht, weil es traditionelle Universitäten als veraltet abtut und Gelder stattdessen in neue Forschungslabore umlenken will.
Deutsche Wissenschaftsorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) warnen, dass die derzeitige US-Regierung die Kyoto-Vision nutzen könnte, um die Forschungsförderung zum Nachteil von Forschungseinrichtungen und deren Autonomie umzustrukturieren. Das deutsche Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) stellt klar, dass es sich bei der Erklärung um eine unverbindliche Diskussionsgrundlage handelt und will diese Themen bei den im November geplanten Gesprächen zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit der US-Seite einbringen.

Zum Science|Business Artikel

Zur „Kyoto Vision for a Golden Age of Science"

Zum US-Papier “Science: A New Golden Age”

Zur Stellungnahme des BMFTR

EU legt neue Strategie für die Arktis vor

Die EU-Kommission legte am 20. Oktober eine neue Strategie für die Arktis vor. Ihre konkreten Maßnahmen sollen in enger Zusammenarbeit mit Partnern in der Arktis und lokalen Gemeinschaften, einschließlich indigener Völker, und in deren Interesse, umgesetzt werden. Das übergeordnete Ziel ist die Förderung einer

stabilen und zukunftssicheren Arktis, was durch vier zentrale Prioritäten untermauert wird: die Stärkung von Sicherheit und Resilienz, die Reaktion auf den Klimawandel in der Arktis, der Aufbau einer wohlhabenden und wirtschaftlich sicheren Arktis sowie die Schaffung von Chancen für Menschen und Gemeinschaften in der Arktis.
Für die Arktis als Wissenschaftsstandort sind dabei insbesondere zwei Initiativen von Bedeutung. Zum einen wird ein neues EU-Zentrum für Polarforschung eingerichtet, um die Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik zu stärken. Durch den gezielten Ausbau des Europäischen Polarkoordinierungsbüros sollen die Forschungs-, Beobachtungs- und wissenschaftliche Infrastruktur enger miteinander verbunden, der Zugang zu Forschungsressourcen verbessert und die Koordinierung mit Interessenträgern, einschließlich indigener Völker, gestärkt werden. Dies soll fundiertere Entscheidungen und wissenschaftliche Innovation unterstützen.
Zum anderen wird die EU die Erasmus+-Möglichkeiten für junge Menschen in der Arktis durch Austausch und Kompetenzentwicklung stärken. Zudem wird sie die regelmäßigen jungendpolitischen Dialoge in der Arktis fortsetzen und in Grönland ein Jugendsondierungsgremium einrichten.

Zur Pressemitteilung

Erweiterung: Beitrittsverhandlungen Ukraine und Moldau

Am 13. Oktober 2026 wurden die Verhandlungen der EU sowohl mit der Ukraine als auch mit Moldau über die Cluster „Binnenmarkt“ und „Wettbewerbsfähigkeit und inklusives Wachstum“ aufgenommen. Letzteres deckt unter anderem EU-Vorschriften in den Bereichen Bildung und Forschung ab.
In ihren gemeinsamen Standpunkten zu diesen Bereichen würdigt die EU die Fortschritte beider Länder und benennt zugleich weitere Aufgaben. Sowohl die Ukraine als auch Moldau sind vollständig mit Horizon Europe assoziiert. Für Moldau sieht die EU weiteres Potenzial, die Beteiligung innovativer kleiner und mittlere Unternehmen zu erhöhen und die Integration in den Europäischen Forschungsraum voranzutreiben. Bei der Ukraine hebt sie die Fortschritte bei Horizon Europe und bei der Umsetzung des Fahrplans für den Europäischen Forschungsraum 2025-2027 hervor. Zugleich fordert sie, das Forschungs- und Innovationsökosystem auszubauen, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken und Strategien für intelligente Spezialisierung zu entwickeln und umzusetzen.
Beide Länder sollen eine ausreichende Finanzierung im Bildungsbereich sicherstellen, Bildungsdaten und Monitoring verbessern sowie den Zugang zu inklusiver und hochwertiger Bildung stärken. Für die Ukraine nennt die EU zusätzlich die Reform der frühkindlichen Bildung, die Umsetzung der Bologna-Verpflichtungen und den Ausbau digitaler Kompetenzen. Bei Moldau steht unter

anderem die Interoperabilität der Bildungsdaten, die Unterstützung von Lehrkräften und die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung im Fokus.

Zur Pressemitteilung Ukraine

Zur Pressemitteilung Moldau

EU und Westbalkan: Vertiefung der Zusammenarbeit in Forschung und Innovation

Am 22. Oktober haben die EU und die Partnerländer des Westbalkans – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien - eine gemeinsame Erklärung zur Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Innovation verabschiedet. Darin bekräftigen sie den EU-Beitrittspfad der Partner und kündigen an, ihre Forschungs- und Innovationspolitik weiter an zentralen EU-Vorhaben und Rechtsvorschriften auszurichten, darunter der European Research Area Act, die Startup and Scaleup Strategy und der European Innovation Act.
Im Mittelpunkt der Diskussion standen die beiden Schlüsselbereiche Forschungskarrieren und Innovationsökosysteme. Die gemeinsame Erklärung setzt zudem auf stärkere nationale Investitionen, bessere Bedingungen für Forschende und mehr regionale Zusammenarbeit. Das Treffen markiert zugleich das 20-jährige Bestehen der Lenkungsplattform für Forschung und Innovation. Sie bringt seit 2006 die Europäische Kommission, Vertreterinnen und Vertreter der sechs Westbalkanpartner, EU-Mitgliedstaaten und die Forschungs- und Innovationsgemeinschaft zusammen.
Bis zum nächsten Ministertreffen 2027 soll die Lenkungsplattform die regionale Agenda überarbeiten und einen Aktionsplan für den EU-Finanzrahmen 2028-2034 vorbereiten. Unter Horizon Europe haben die Westbalkanpartner bereits rund 237 Mio € für mehr als 1000 Projekte mit Beteiligung der Region gesichert.

Zur Pressemitteilung

Zur gemeinsamen Erklärung

Digitales

DigCompEdu-Update: Rückmeldung zum ersten Entwurf

Die Überarbeitung des Europäischen Referenzrahmens für die digitale Kompetenz von Lehrenden (Link zu DigCompEdu) geht in die nächste Phase: Ein erster Entwurf liegt vor. Lehrende, Forschende und weitere Interessierte können

bis zum 8. November 2026 an einer offenen Befragung teilnehmen und ihre Rückmeldung einbringen.

Der 2017 entwickelte Rahmen beschreibt 22 Kompetenzen in sechs Bereichen. Der neue Entwurf behält diese Struktur bei und richtet sich weiterhin an alle Bildungsbereiche – von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung.

Besonders im Fokus stehen das professionelle Urteilsvermögen von Lehrenden und der bewusste Umgang mit digitalen Technologien. KI-Kompetenz ist im gesamten Rahmen verankert. Lehrende sollen einschätzen können, wie KI-Systeme Ergebnisse erzeugen, wo ihre Grenzen liegen und wann ihr Einsatz sinnvoll ist. Auch digitales Wohlbefinden und die Nachhaltigkeit digitaler Technologien werden berücksichtigt.

Ergänzend zur Befragung finden Workshops mit Lehrenden und Bildungsforschenden statt. Die Veröffentlichung der überarbeiteten Fassung ist für das Frühjahr 2027 geplant.

Zur Befragung

Kurznachrichten

Konsultation zum European Innovation Act gestartet

Die Europäische Kommission bittet um Rückmeldungen zum Vorschlag für den European Innovation Act. Das Gesetz soll den Transfer von Forschungsergebnissen in die wirtschaftliche Anwendung erleichtern, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Unternehmen stärken und den europäischen Innovationsmarkt fördern. Interessierte Akteure können ihre Beiträge noch bis zum 7. Dezember 2026 einreichen.

Zur Konsultation

EU-China-Beziehungen: Europaabgeordnete setzen sich für Dialog, fairen Handel und Menschenrechte ein

Für die künftige EU-China-Politik forderte das Europäische Parlament in seiner Plenarsitzung am 7. Oktober 2026 faire Handelsbedingungen, Cybersicherheit sowie einen intensiveren Menschenrechtsdialog. Zudem soll die „Global-Gateway“-Initiative gestärkt werden, um eine glaubwürdige Alternative zu Chinas „Belt and Road“-Initiative darzustellen, insbesondere in Afrika und Lateinamerika.

Zur Pressemitteilung

EU und Mittelmeerregion stärken Zusammenarbeit in Forschung und Innovation

Bei einem Treffen der EU für den Mittelmeerraum am 7. Oktober in Barcelona haben die EU-Kommission und ihre Partner die weitere Zusammenarbeit in Forschung und Innovation beraten. Im Fokus standen unter anderem die Mobilität von Forschenden, der Ausbau wissenschaftlicher Kapazitäten und die Digitalisierung. Mit einer neuen regionalen Strategie soll außerdem dafür gesorgt werden, dass erfolgreiche Forschungsergebnisse stärker in die Praxis übertragen und in der gesamten Region genutzt werden können. Dabei sollen bestehende Programme wie Horizon Europe und PRIMA besser mit gemeinsamen regionalen Zielen verknüpft werden.

Zum Bericht der Europäischen Kommission

Hochschulverbände fordern 200 Mrd. € für Horizon Europe

Sieben europäische Hochschul- und Forschungsorganisationen (CESAER, the Coimbra Group, EUA, EU-LIFE, The Guild, LERU, YERUN) fordern im Rahmen eines gemeinsamen Events am 9. Oktober 2026 mindestens 200 Mrd. € für das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe (2028–2034) statt der von der EU-Kommission vorgeschlagenen 175 Mrd. €. Neben einer verlässlichen, langfristigen Finanzierung sprechen sie sich für eine ausgewogene Förderung von Grundlagenforschung und Innovation sowie für einen rechtzeitigen Programmstart im Januar 2028 aus.

Zum Veranstaltungsbericht

EIT fördert Innovation an Hochschulen mit 40 Mio. €

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) stellt 40 Mio. € bereit, um Hochschulen in den Bereichen Deep Tech und moderne Fertigung zu unterstützen. Hochschulkonsortien können bis zu 1,25 Mio. € pro Projekt beantragen; die Frist endet am 13. Januar 2027.

Zur Ausschreibung

Klare Regeln für Dual-Use-Forschung in Horizon Europe gefordert

Neth-ER hat im Namen des niederländischen Wissenssektors ein Positionspapier zur Integration von Dual-Use-Forschung in Horizon Europe 2028–2034 veröffentlicht. Es wird gefordert, Forschung mit sowohl zivilen als auch militärischen Anwendungsmöglichkeiten unter klaren und transparenten Bedingungen zu ermöglichen. Zu weit gefasste Einschränkungen könnten die internationale Forschungskooperation und den freien wissenschaftlichen Austausch beeinträchtigen. Zugleich braucht es nachvollziehbare Kriterien für die Einstufung von Dual-Use-Forschung sowie Unterstützung für Hochschulen beim Umgang mit Sicherheitsanforderungen und Exportkontrollen.

Link zum Artikel

Zum Hintergrund

EU-Institutionen erzielen Fortschritte bei Gesetzesvorhaben

Seit dem letzten Fortschrittsbericht im Juni 2026 wurden im Rahmen der gemeinsamen EU-Gesetzgebungsagenda 13 neue Gesetzesvorschläge vorgelegt, zehn Mandate erteilt, sechs Verhandlungen begonnen und eine Einigung erzielt. Für die grenzüberschreitende Mobilität relevant ist das Fair Labour Mobility Package, dessen fünf Gesetzesvorschläge inzwischen vorliegen; die Umsetzung ist bis zum dritten Quartal 2027 vorgesehen. Bei den 20 sektoralen Vorschlägen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034, hat der Rat bereits zu 17 Vorschlägen Positionen erarbeitet. Darunter fallen auch vorläufige Einigungen und Verhandlungsmandate.

Link zum Forschungsbericht des Rates der EU

EU-Kommission konsultiert zu Urheberrecht und Open Science

Die Europäische Kommission hat eine gezielte Konsultation zu aktuellen Herausforderungen des Urheberrechts eröffnet. Im Fokus stehen die Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke für die Entwicklung künstlicher Intelligenz sowie das Zweitveröffentlichungsrecht für wissenschaftliche Publikationen. Die Kommission möchte insbesondere erfahren, welche Hindernisse Forschende beim Teilen ihrer Ergebnisse, auch in internationalen Kooperationen, erfahren. Rückmeldungen sind noch bis zum 3. November 2026 möglich.

Zur Pressemitteilung

EU veranlasst Zahlung an Moldau von 157 Mio. €

Die EU hat Moldau im Rahmen der Reform- und Wachstumsfazilität weitere 157 Mio. € ausgezahlt. Vorausgegangen war die erfolgreiche Umsetzung von 18 Reformen durch das Land. Damit belaufen sich die bisher ausgezahlten EU-Mittel aus der Fazilität auf rund 661 Mio. €. Beim zehnten Assoziationsrat zwischen der EU und Moldau am 5. Oktober in Brüssel bekräftigten beide Seiten zudem das gemeinsame Ziel eines EU-Beitritts und die Fortsetzung des Reformprozesses.

Link zur Pressemitteilung

EU stärkt Gesundheitsforschung und Pandemievorsorge in Afrika

Die Europäische Kommission investiert 6,5 Mio. € in den Ausbau nachhaltiger Kapazitäten zur Erkennung und Analyse von Krankheitserregern in Afrika. Darüber hinaus fließen mehr als 30 Mio. € in Forschungsvorhaben, insbesondere in den Bereichen klinische Forschung und Pandemievorsorge. Die Mittel sind Teil eines Maßnahmenpakets von insgesamt fast 170 Mio. €, mit dem die EU und ihre Mitgliedstaaten die Widerstandsfähigkeit afrikanischer Gesundheitssysteme stärken wollen.

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) stellt 40 Mio. € bereit, um Hochschulen in den Bereichen Deep Tech und moderne Fertigung zu unterstützen. Hochschulkonsortien können bis zu 1,25 Mio. € pro Projekt beantragen; die Frist endet am 13. Januar 2027.

Zur Pressemitteilung

Publikationen

Automatic recognition of qualifications and competitiveness

European University Association

Link zur Publikation

Veranstaltungen

Veranstaltungen im Hochschul- und Forschungskontext finden Sie auf unserer Website.

► Zur Website

www.daad-brussels.eu/de

Newsletter Abmeldung

Dieser Newsletter wird bereitgestellt von:
Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V.,
rechtlich vertreten durch Herrn Dr. Kai Sicks,
Kennedyallee 50
D-53175 Bonn

Tel.: +49 228 882-0
Fax: +49 228 882-444
E-Mail: buero.bruessel@daad.de
Internet: https://www.daad.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:
Prof. Dr. Joybrato Mukherjee

Registergericht Bonn
Registernummer VR 2107
Umsatzsteuer-IdNr.: DE122276332

Verantwortlicher i. S. v. § 55 Abs. 2 RStV:
Dr. Kai Sicks

DAAD-Büro Brüssel:
Michael Hörig, Leitung
Tanja Kreetz, stellv. Leitung
Lisa Reichert, Project & Event Officer
Dorothee Nerge, Policy Officer
Aimee Sander, Policy Officer
Franziskus Scherer, Praktikant

Rue d'Arlon 22
B-1050 Brüssel

Tel.: +32 (0) 472560477
E-Mail: buero.bruessel@daad.de
Website: www.daad-brussels.eu/de
LinkedIn: www.linkedin.com/company/daad-brussels/

Redaktion
Die Informationen dieses Newsletters wurden sorgfältig von dem Büro Brüssel recherchiert. Es wird jedoch keine Haftung oder Garantie für die Aktualität, Richtigkeit oder Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen und externen Links übernommen. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Haftungshinweis
Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte Dritter. Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber zuständig.

Copyright © by DAAD e.V.
Der Inhalt dieses Newsletters ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung des Textes - auch auszugsweise – und der Bilder ohne vorheriges schriftliches Einverständnis des DAAD ist nicht gestattet.

Der DAAD ist ein Verein der deutschen Hochschulen und ihrer Studierendenschaften. Er wird institutionell gefördert durch das Auswärtige Amt.